Hitler „strenge Disziplin" zu halten. Und dasselbe Blatt, das noch am Tage zuvor alle Zeitungsmeldungen über den Naziführerkrach als „tolle Schauermärchen" abgetan hatte, gab nunmehr am Sonnabend stammelnd zu:

„Wir stehen nicht an, offen und ehrlich zu erklären, daß der Urlaub unseres Pg. Gregor Straßer gewisse sachliche Differenzen zur Ursache hat."

Diesem gewundenen Eingeständnis des Naziführerstreites folgte alsdann ein höchst bezeichnender Appell zur Maulhaltendisziplin, worin es im Hinblick auf den Führerkrach hieß:

„Damit ist aber für keinen Nationalsozialisten auch nur irgendwie der Anlaß gegeben, innerhalb der Bewegung von sich aus eine eigene Stellungnahme einzunehmen . . ."

Noch deutlicher ist eine offizielle Erklärung des SA-Führers Röhm, worin die SA-Leute beschworen werden, als „Kerntruppe weiter in der Bewegung zu stehen und Hitler zu gehorchen".

Darin zeigt sich, daß die Rebellion in den unteren Kreisen der Nazimitgliedschaft, unter deren Eindruck ja auch die Führerrevolte steht, immer breitere Kreise zieht. Auch die gestern in Dresden, Leipzig und Plauen unter Hitlers Anwesenheit durchgeführten Amtswaltertagungen dienten dem Zwecke der Beschwichtigung der Nazigefolgschaft, in der sich die Erkenntnis über die wahre Rolle der NSDAP immer mehr Bahn bricht.

Die NSDAP ist eine Partei des kapitalistischen Systems. Die Hitler und Straßer haben Papen und seine Verordnungen auf Lohnkürzung und Sozialabbau, seine Unterdrückungsmaßnahmen und Versailler Paktpolitik unterstützt. Sie hetzen im Interesse des Finanzkapitals zum Terror gegen die Arbeitermassen und bieten sich täglich der Bourgeoisie „gegen den Bolschewismus", d. h. gegen das Proletariat an. Sie tolerieren die Schleicherregierung und haben im Reichstag die Abstimmung über den KPD-Mißtrauensantrag gegen Schleicher verhindert.

Millionen von proletarischen und werktätigen Anhängern haben in den letzten Monaten die Hitler-Straßer-Partei verlassen. Das war vor allem der Erfolg der Antifaschistischen Aktion der KPD, ihrer ideologischen Aufklärungsarbeit unter den von der NSDAP irregeführten Massen, der Entlarvung der NSDAP als Partei des sozialen und nationalen Betrugs und schließlich der Erfolg der Organisierung des Massenselbstschutzes. Durch diese Massenmobilisierung konnten auch die Differenzen zwischen der NSDAP und den anderen bürgerlichen Parteien und Gruppen ausgenutzt werden. Die Abwanderung der Massen von der NSDAP spiegelte sich in den Wahlergebnissen wider, zuletzt bei den Thüringer Wahlen. Immer mehr wächst auch die Unzufriedenheit und Rebellion der proletarischen Elemente in der SA und NSDAP.

Jetzt hat es die NSDAP übernommen, im Interesse des Kapitalismus die verschärfte Fortführung des Papenkurses durch Schleicher zu unterstützen. Zu diesem Zweck sollen auch die Naziführer stärker und offener zur Regierung herangezogen werden. Die Naziführer wollen dafür Ministerposten. Wie soll nun die Clique im Braunen Haus einerseits die Kapitalsoffensive gegen die Volksmassen und die Schleicherdiktatur unterstützen und zugleich die Abwanderung der Mitglieder und Anhänger verhindern? Mit wieviel und welchen Ministerposten sollen sie sich einverstanden erklären und wer soll Minister werden? Hier liegen die Hauptursachen für die Differenzen zwischen den Hitler, Goebbels mit den Straßer, Frick.

Straßer, der mit dem General Schleicher in engster Verbindung steht, ist für offenere Unterstützung der Maßnahmen Schleichers und für deren Tolerierung durch sofortige Uebernahme des Ministerpräsidiums in Preußen und der Vizekanzlerschaft in der Reichsregierung, und zwar will er selbst diesen Posten haben. Er ist für die Konzentration Schleicher—ADGB-Vorstand—NSDAP, und zwar unter Führung Schleichers.

Hitler ist gleichfalls für die Unterstützung der Kapitalsoffensive und der Schleicherregierung. Er ist auch für die Besetzung des preußischen Ministerpräsidiums und des Vizekanzlerpostens. Er ist ebenso wie Straßer für den engeren Zusammenschluß der NSDAP mit der ADGB-Führung und der Reichswehr — aber unter seiner, Hitlers, Führung! Hitler will das preußische Ministerpräsidium und den Vizekanzler jetzt durch einen seiner Vertrauensleute (Göring) besetzen und später dafür den Reichskanzlerposten für sich eintauschen. Er will weiter Straßers Einfluß unter den Mitgliedern untergraben.

Hitler ist also genau so ein Kapitalsknecht wie Straßer, aber er will den Haupteinfluß im kapitalistischen Staate haben und auch die Hauptperson spielen. Sein Beiseiteschieben Straßers hat jetzt noch einen besonderen „taktischen" Zweck. Indem er Straßers Ministerehrsucht zum Schein entgegentritt und sich als „Revolutionär" hinstellt, hofft er, die Empörung der Arbeiter und Werktätigen in der SA und NSDAP aufzufangen, um dann desto leichter die Politik Straßers, die ja auch seine ist, diese massenfeindliche, kapitalistische Politik durchführen zu können. Er prügelt Straßer, um Straßers und damit auch seine eigene Politik des Massenverrats desto ungehemmter betreiben und die Naziproleten täuschen zu können.

Natürlich operieren Hitler wie Straßer mit scheinoppositionellen sozialdemagogischen Phrasen, um die Mitglieder zu beschwindeln. Die NSDAP ist und bleibt aber die Hilfsorganisation des Kapitals, ob nun Straßer oder Hitler oder beide die Führung dieser Partei und die Ministerposten innehaben. Beide besorgen die Geschäfte der Ausbeuter und sind bereit, die Schleichergierung jetzt zu unterstützen. Im Reichstag hat eben der Hitlermann Goebbels wie der Straßermann Frick für die Ueberweisung der KPD-Anträge auf Aufhebung der Lohn- und Sozialabbauverordnungen an den Haushaltsausschuß gestimmt. Das bedeutet Begrabung der Anträge und Aufrechterhaltung der Hungernotverordnungen!

Die Absicht der Bourgeoisie und Schleichers, mit Hilfe der NSDAP, der Hitler oder Straßer, oder beiden, die bisher irregeführten Werktätigen der SA und NSDAP zur Entfaltung des faschistischen Regimes zu benutzen, darf und wird nicht gelingen. Die Zersetzung der faschistischen Massenbewegung geht verstärkt weiter und je mehr sie sich beschleunigt, desto größer wird die Kraft der Arbeiterklasse.

Arbeiter und Werktätige in der NSDAP, Hitler und Straßer; beide, verraten euch, beide geben euch den kapitalistischen Ausbeutern, dem Hunger, der Unterdrückung und dem Versailler System preis. Macht Schluß mit der NSDAP und der ganzen Clique vom Braunen Haus!

Freispruch nach 18 Monaten Untersuchungshaft

Vor dem Reichsgericht in Leipzig fand in wochenlanger Verhandlung ein Prozeß gegen den Fahnenjunker Karl Eberhardt von der Infanterieschule Dresden statt, der wegen „kommunistischer Zersetzung" der Reichswehr angeklagt war. Nachdem der Angeklagte 1½ Jahre in Untersuchungshaft gesessen hatte, mußte er am Sonnabend freigesprochen werden. Die Anklage war auf Grund haltloser Denunziationen durch einen Obergefreiten Geschalk erhoben worden, der sich damit wahrscheinlich neben der Anerkennung seiner Vorgesetzten auch die als Belohnung in derartigen Fällen ausgesetzte goldene Uhr verdienen wollte.

130 Millionen Mark Steuergelder für Brotverteuerung

Für 130 Millionen Brotgetreide eingelagert . Heraus mit Brot für die Arbeitslosen!

Anfang November ging folgende Meldung durch die Zeitungen:

„Die Papenregierung hat in ihrer Sitzung am 2. November beschlossen, eine Magazinierung des Getreides durchzuführen, wie sie der Reichslandbund gefordert hat.

Danach werden die Banken, gestützt auf die Reichsbank, einen Kredit von 100 Millionen Mark an die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft geben; außerdem übernimmt die Reichskasse eine Bürgschaft von etwa 30 Millionen Mark. Mit diesen Millionensummen wird Getreide aufgekauft und eingelagert werden, u. a. hauptsächlich Roggen; Weizen soll teils gleichfalls eingelagert werden, teils für die Lieferungen zu einem späteren Termin gestützt werden.

Der Zweck dieser Maßnahmen ist also, das Angebot an deutschem Getreide in Deutschland zu verringern und damit die Getreidepreise zu erhöhen."

Diese Politik nennt man „Magazinierung"! Jeden Tag hören die Erwerbslosen die Redensart: Es ist kein Geld da! Aber es stehen, wie man sieht, zur Erfüllung der Forderungen der Großgrundbesitzer wieder 130 Millionen zur Verfügung. Das Reich läßt für dieses Geld riesige Getreidemengen bei den Agrariern aufkaufen zu dem Zweck, daß die Herren Großagrarier rechtzeitig und vollwertig zu ihrem Geld für ihr Getreide kommen. Was aus dem Getreide wird, kümmert die Herren dann nicht mehr.

Das Skandalöseste an dieser Magazinierungspolitik ist die Tatsache, daß sie von einem sogenannten „Arbeitervertreter" erfunden wurde. Ausgerechnet ein Sozialdemokrat, Dr. Baade, war der erste Roggenkommissar, der im Auftrage des deutschnationalen Ernährungsministers Schiele den Aufkauf und die Einlagerung des Roggens besorgte. Im vorigen Jahr hat der sozialdemokratische Roggenkommissar 87 Millionen Mark dafür locker gemacht!

Angesichts der furchtbaren Not der Arbeitslosen fordern die Millionen Werktätigen jetzt dringender als je: Heraus mit dem eingelagerten, unverkäuflichen Brotgetreide für die Arbeitslosen! Her mit Brot, Kartoffeln und Kohlen für alle Notleidenden!

Solidaritätsaktionen für die Fürsorgearbeiter

Schon am Tage des Ausbruchs des Fürsorgearbeiterstreiks wird die Solidaritätsaktion für die Streikenden entfaltet. So sammelte der Solidaritätsausschuß für die Streikenden bereits Lebensmittel im Werte von etwa 25 Mark für die kämpfenden Fürsorgearbeiter. Auch die Küche der IAH Dresden-Neustadt und der Solidaritätsausschuß Laubegast haben sofort eine größzügige Solidaritätsaktion eingeleitet.

Die Notstandsarbeiter vom Dammbau Kaditz haben in einer Belegschaftsversammlung beschlossen, bei Ausbruch des Streiks der Fürsorgearbeiter sich solidarisch zu erklären und in den Streik zu treten.

Am Freitag, dem 9. Dezember tagte im Bürgersaal Dresden eine gutbesuchte sozialpolitische Konferenz. Diese Konferenz nahm ebenfalls zu den Fürsorgearbeitern und ihrer Lage Stellung. Sie sprach ihre Solidarität aus und alle anwesenden Delegierten wurden verpflichtet, alles zu tun, um durch eine starke Solidaritätsbewegung dem Kampf zum siegreichen Ende zu verhelfen.

Die Angestellten von Siemens-Glas zum Kampf entschlossen

Die Aktiengesellschaft für Glasindustrie (vorm. Friedr. Siemens), Dresden, hat ihren Angestellten mitgeteilt, daß sie am 31. Dezember aus dem Unternehmerverband der chemischen Industrie ausscheidet, weil sie die tarifvertraglichen Bestimmungen nicht mehr anerkennen will. Stattdessen will sie mit den Angestellten Einzelverträge abschließen, die praktisch bedeuten, daß die Firma in Zukunft machen kann, was sie will.

Die Angestellten der Hauptverwaltung haben gemeinsam, ohne Unterschied der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit, eine Kampferklärung unterschrieben, in der sie sich verpflichten, gegen die Einführung der 48-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich und jede andere Regelung, die die Angestellten erneut belastet, mit allen Mitteln zu kämpfen.

Heute nach Geschäftsschluß findet eine Betriebsversammlung statt, die sich mit diesen Fragen beschäftigen wird.

Hungerdemonstrationen in Berlin

Gestern nachmittag, als mit polizeilicher Erlaubnis die Läden geöffnet waren, kam es in verschiedenen Stadtteilen zu Demonstrationen der Arbeiter. Mehrere Demonstranten wurden verhaftet. Die Hugenbergpresse verbreitet die infame Lüge, daß die Arbeiter die Stände der Straßenhändler plündern wollten.

Schamloser Naziantrag gegen Arbeiter und Bauern

Arbeitslose sollen bei notleidenden Bauern und Mittelständlern die Steuern eintreiben

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat folgenden ungeheuerlichen Antrag im Reichstag eingebracht (Nr. 84 vom 6. Dezember):

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, alsbald durchgreifende Maßnahmen zu treffen, durch die den großen Massen der notleidenden Bevölkerung eine angemessene Weihnachts- und Winterhilfe gewährt wird. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige finanzielle Belastung des Reiches sollen diese Unterstützungen nicht in bar erfolgen, sondern in Gegenständen des täglichen Bedarfs (Lebensmittel, Kleidungsstücke, Wäsche, Schuhzeug usw.).

Diese Gegenstände sind von Bauern und Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes zu liefern, denen der Gegenwert auf ihre Steuern angerechnet wird."

Hört es, Arbeitslose! Hört es, notleidende Bauern, notleidende Handwerker und Kleinhändler! So wollen die Naziführer die Geldsäcke der Großkapitalisten schützen, so wollen sie die Arbeitslosen und die Bauern gleicherweise betrügen. Der hungernde Arbeitslose soll auf die notleidenden Bauern, die ihre Steuern nicht mehr bezahlen können, gehetzt werden. Beide sollen zu verschärftem Hungern verurteilt werden, damit die Reichen nichts zu zahlen und die riesigen Vorräte an Lebensmitteln und Kohlen nicht verteilt zu werden brauchen. Zugunsten der Großkapitalisten wollen die Naziführer Arbeitslose und Bauern gegeneinander hetzen!

Schon ist das von den Naziführern erstrebte System in einigen Dörfern in Bayern eingeführt. Dort werden Arbeitslose in die Häuser notleidender Bauernfamilien geschickt, sie sollen der Lebensmittel fordern und das karge Mittagsbrot der Bauernfamilien schmälern. Mit diesem Nazi-Antrag sollen die Bauern und kleinen Geschäftsleute ihre Ware los werden, ohne daß sie eine Bezahlung dafür erhalten.

Arbeitslose, Bauern, Werktätige, wehrt euch gemeinsam gegen den ungeheuerlichen Nazi-Anschlag! Reißt überall den Naziführern, diesen politischen Betrügern, die Maske vom Gesicht! Fordert gemeinsam, lauter, dringender, wirkliche Hilfe für die Arbeitslosen, höhere Unterstützung, Winterhilfe! Heraus mit den unverkäuflichen Vorräten! Her mit Brot, Kartoffeln und Kohlen!

Der Kampf um Bartls Rettung

Zur Verstärkung des Kampfes gegen das Chemnitzer Schreckensurteil sammelten die Erwerbslosen von Torgau 226 Unterschriften unter eine Protestresolution, die an das sächsische Justizministerium gesandt wurde. Sehr viele sozialdemokratische und parteilose Arbeiter unterzeichneten die Resolution und bekundeten damit, daß sie in roter Einheitsfront gegen Klassenjustiz und Faschismus zu kämpfen bereit sind.

Eine Mitgliederversammlung des IB in Tharandt nahm einstimmig eine Protestresolution an, die die sofortige Freilassung Bartls und aller proletarischen politischen Gefangenen fordert.

Die am 8. 12. tagende Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Freital des Bundes der Kinderreichen erhebt ebenfalls schärfsten Protest gegen das von der Klassenjustiz gegen den antifaschistischen Arbeiter Bartl gefällte Todesurteil.

Gemeinsam mit der Roten Hilfe führen die Kommunisten den Kampf gegen das Todesurteil wie gegen die Klassenjustiz überhaupt. In Anbetracht der sich verschärfenden faschistischen Diktatur und der infolgedessen steigenden Zahl der Opfer der Klassenjustiz ist es notwendig, die Rote Hilfe aufs stärkste zu unterstützen.

Sammelt für die Winterhilfe der Roten Hilfe!

Helft den proletarischen politischen Gefangenen und ihren Frauen und Kindern, indem ihr für die Rote Hilfe geht und sammelt!

Von den Sammelergebnissen des gestrigen Sonntags meldet der Stadtteil 10 der RH, daß in

Löbtau-Nord	40 Mark
Plauen	18 Mark
Naußlitz	15 Mark

gesammelt und außerdem für 10 Mark Literatur umgesetzt wurden. Insgesamt hat dieser Stadtteil bereits 125 Mark gesammelt. Wo bleiben die übrigen Stadtteile und Ortsgruppen?

Helft der Roten Hilfe sammeln, dann helft ihr Bartl und allen proletarischen politischen Gefangenen!

Alarmierende Erklärung der Fünf-Mächte-Konferenz

Berlin, 12. Dezember. (Eig. Bericht.)

In Genf haben die Vertreter der Regierungen Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der gesagt wird, daß in den Rüstungsfragen „grundsätzlich" Deutschlands Gleichberechtigung anerkannt werde und daß für alle Staaten Rüstungsbeschränkungen in Aussicht genommen würden. Wörtlich heißt es:

„Es besteht Einigkeit darüber, daß die Art und Weise der Anwendung dieser Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert werden soll. Auf der Grundlage dieser Erklärung hat Deutschland seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen."

Die Erklärung enthält keinerlei konkrete Zugeständnisse an die deutsche Regierung. Ueberall soll erst noch verhandelt werden. Nachdem unter Papen die deutsche Regierung erklärt hatte, daß sie an der Abrüstungskonferenz nicht mehr teilnehme, ist jetzt dieser Beschluß wieder rückgängig gemacht worden.

Diese Abmachungen in der „Abrüstungsfrage", die Wiederaufnahme der Beteiligung der deutschen faschistischen Schleicher-Regierung an der „Abrüstungs"-Konferenz heißt in Wirklichkeit eine Verstärkung der Kriegsvorbereitungen, die verstärkte Westorientierung mit der Spitze gegen die sozialistische Sowjetunion usw. Das deutsche Proletariat muß seine Wachsamkeit gegenüber der wachsenden Kriegsgefahr im brüderlichen Kampfbündnis mit den Proletariern aller Länder verschärfen. Kämpft gegen den imperialistischen Krieg! Schützt und verteidigt die Sowjetunion!